



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 079-2020
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2020.RRGR.101

Eingereicht am: 12.03.2020

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Marti (Bern, SP) (Sprecher/in)
Striffeler-Mürset (Münsingen, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Insel-Direktionspräsident erhält Lohnerhöhung von 34 Prozent: Was tut die Regierung?

Kürzlich wurde bekannt, dass der Direktionspräsident des Inselspitals im Jahr 2019 einen Lohn von 670 000 Franken bezog. Damit wurde ihm eine massive Lohnerhöhung von 170 000 Franken – das sind 34 Prozent! – gegenüber seinem Vorgänger gewährt. Diese Lohnerhöhung ist mehr als unverständlich und verstörend – sie ist ein Affront gegenüber den Spitalangestellten, den Patientinnen und Patienten sowie den Prämienzahlenden. Äusserst fragwürdig ist auch, wie dieser Betrag überhaupt verfügbar gemacht wurde. Im gleichen Jahr als der CEO-Lohn erhöht wurde, ergriff das Inselspital nämlich zahlreiche Sparmassnahmen, oft zulasten des Personals und der Patientinnen und Patienten. Unter anderem wurden über 100 Stellen abgebaut. Die Folge davon waren Stress und Überstunden des verbleibenden Personals. Zudem fielen die Lohnerhöhungen bei den Pflegepersonen, beim Reinigungsdienst und bei den Küchenangestellten mit 0,5 Prozent sehr bescheiden aus. Kurz: Der oberste Chef predigt Wasser und trinkt Wein, die unteren Chargen haben das Nachsehen. Vorbildfunktion und Lohngerechtigkeit sehen anders aus. Die Gesundheitskosten schnellen in die Höhe, gleichermassen die Krankenkassenprämien, die für viele Familien und Einzelpersonen kaum mehr bezahlbar sind. Die hohen Kaderlöhne im Gesundheitswesen – auch sie Kostentreiber – stehen seit längerem in der Kritik. Die Lohnschere zwischen den hohen Spitalkadern und den Pflegenden und hauswirtschaftlichen Berufen wird grösser. Der Handlungsbedarf ist offensichtlich. Es stellt sich die Frage, wie der Kanton Bern seine Verantwortung wahrnimmt und dafür sorgt, dass sich der Lohn des Direktionspräsidenten wie auch die übrigen Kaderlöhne nicht explosionsartig erhöhen und eine faire und verträgliche Lohnpolitik etabliert wird.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Hält der Regierungsrat eine Lohnerhöhung für den Direktionspräsidenten um 34 Prozent für gerechtfertigt? Wenn ja, bitte begründen.
2. Welchen Einfluss – direkt und indirekt – hat der Regierungsrat, u. a. gemäss Aktionärsbindungsvertrag, auf die Gestaltung des Lohns des Direktionspräsidenten?

3. Mit welchen Massnahmen hat der Regierungsrat seine Einflussmöglichkeiten bisher genutzt?
4. Wie gedenkt der Regierungsrat auf die Lohnerhöhung von 34 Prozent zu reagieren?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat den Stellenabbau und die nur sehr kärgliche Lohnerhöhung von 0,5 Prozent beim Pflege- und hauswirtschaftlichen Personal – dies generell und im Vergleich zur Lohnerhöhung von 34 Prozent des Direktionspräsidenten?
6. Welche Massnahmen unternimmt der Regierungsrat, um die Lohngerechtigkeit im Inselspital zu verbessern – dies insbesondere bezüglich der zum Teil erheblichen Lohnschere zwischen einzelnen Berufen und innerhalb von Berufen, zwischen Kader und Mitarbeitenden sowie zwischen Frauen und Männern?
7. Wie weit ist der Regierungsrat in seinem Bestreben (diverse überwiesene Postulate im Jahr 2019), die überhöhten Vergütungen in staatsnahen Betrieben mit Vorgaben zu unterbinden?

Verteiler

– Grosser Rat